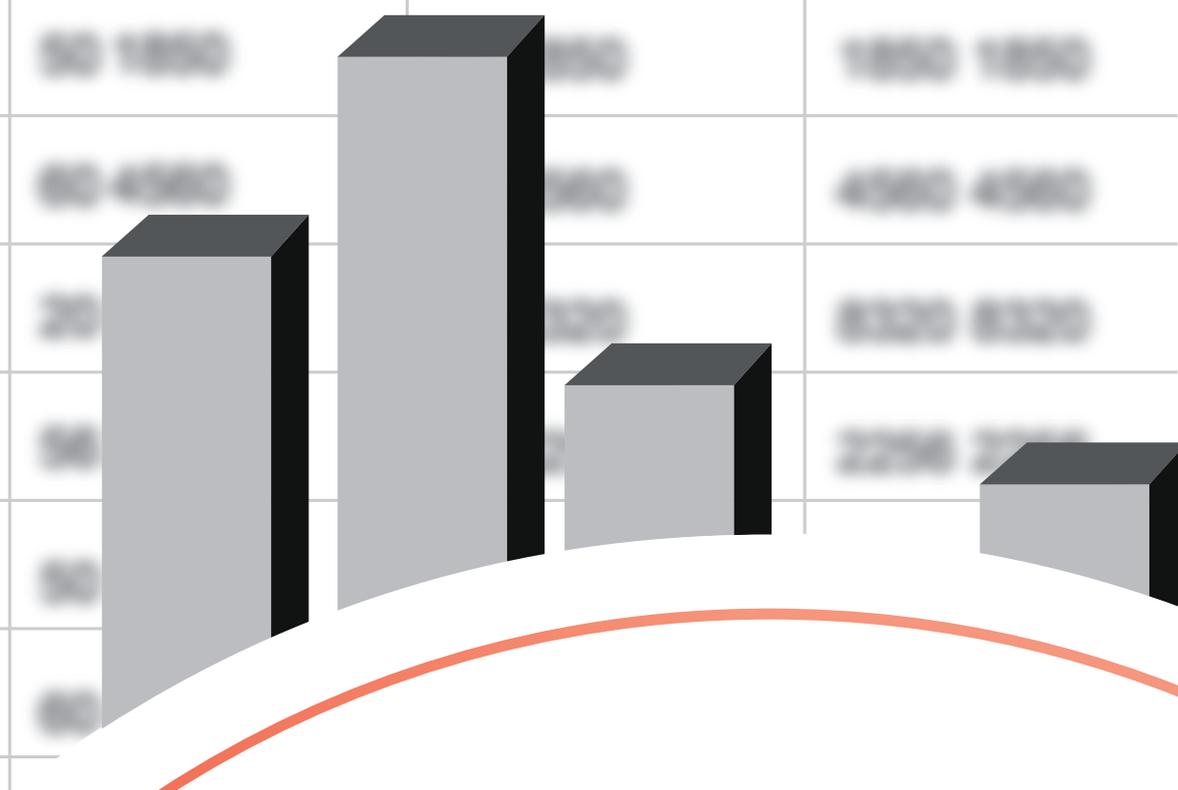


Für die Zukunft gesattelt.

Finanzstatusbericht zum 01.04.2018



INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
A) Einleitung	2
B) Kurzübersicht	2
C) Wesentliche Bereiche	4
Amt 50, Bereich Soziales	4
Amt 51, Bereich Kinder, Jugendliche und Familien	5
Amt 56, Bereich Jobcenter	6
Personalbudget	7
Verschiedenes	7
D) Ermächtigungsübertragungen	8
E) Vermögensanlagen des Kreises	9
F) Liquiditätslage des Kreises	10
G) Bewertung des Zwischenberichtes	11
H) Anlage	12
Gesamtergebnisplan	

Finanzstatusbericht zum 01.04.2018

A) Einleitung

Dieser Finanzstatusbericht basiert auf dem Stand der Finanzbuchhaltung am 01.04.2018. Er enthält die Prognosen der budgetbewirtschaftenden Amtsleitungen auf den 31.12.2018 und führt diese zu einer Gesamtprognose auf den Jahresabschluss 2018 zusammen.

Der Bericht soll dazu dienen, Verwaltungsleitung und Kreistag über den Stand der Haushaltswirtschaft im laufenden Haushaltsjahr zu informieren. Er soll die Haushaltssteuerung unterstützen und dem Kämmerer Entscheidungen über Steuerungsmaßnahmen erleichtern.

B) Kurzübersicht

Der Kreishaushalt 2018 sieht im Gesamtergebnisplan einen Jahresfehlbedarf i. H. v. rd. 1,6 Mio. € vor, welcher gemäß der Haushaltssatzung 2018 vollständig aus der Ausgleichsrücklage gedeckt werden sollte. Diese Annahmen erfolgten unter Berücksichtigung des Jahresabschlusses 2016 und der Prognose des Jahresabschlusses 2017.

Mittlerweile ist eine konkrete Prognose des Jahresabschlusses 2017 möglich. Die Ergebnisrechnung 2017 schließt danach mit einem positiven Ergebnis ab, sodass das Eigenkapital im Rahmen des Jahresabschlusses 2017 voraussichtlich aufgestockt werden kann.

Die erste Hochrechnung in diesem Jahr prognostiziert eine positive Entwicklung der Ergebnisrechnung. Insgesamt wird mit einer Verbesserung i. H. v. rd. 1,7 Mio. € gerechnet. Der aktuelle Prognosewert auf den 31.12.2018 sieht folglich einen Jahresüberschuss i. H. v. rd. 127 T€ vor. Die geplante Rücklagenentnahme scheint derzeit entbehrlich zu sein.

Dabei entfällt die Verbesserung vollumfänglich auf den allgemeinen Kreishaushalt. Das Jugendamtsbudget ist nach aktuellem Sachstand aller Voraussicht nach auskömmlich (+18 T€, ohne Personalaufwendungen).

Übersicht über die wesentlichen Veränderungen im Haushalt 2018

Die folgende Übersicht listet die Bereiche mit wesentlichen Veränderungen auf. Eine dezidiertere Auflistung sowie die Gründe wesentlicher Abweichungen erfolgen sodann unter Punkt C.

Bereich	Ver- besserung in T€	Ver- schlechterung in T€
Personalbudget		843
Bereich des Sozialamtes - gesamt -	265	
Bereich des Jugendamtes - gesamt -	18	
Bereich des Jobcenters - gesamt -	2.183	
Bereich Gebührenhaushalte (ohne Jugendamt und Rettungsdienst)	74	
Übergangsmilliarde, Produkt 160110		121
Schülerbeförderungskosten (030220)		93
Aufenthalt Ausländer / Asylbewerber (020250)		125
Rechnungsprüfungsamt (010510)		43
Leistenumlage	174	
Belastungsausgleich Prostituiertenschutzgesetz (010110)	99	
Bußgeldstelle	82	
Zinseinsparungen	55	
kleinere Verbesserungen in verschiedenen Bereichen	19	
Summe	2.970	1.225
Verbesserung insgesamt	1.745	
Prognose Jahresergebnis 2018	127	

C) Wesentliche Bereiche

Bereich Soziales, Amt 50 (Verbesserung rd. 265 T€)

Pos. bzw. Produkt	Bezeichnung	Ansatz 2018 in €	Prognose 2018 in €	Abweichung in €	Abweichung in der Pos. in €
Erträge - Amt 50 gesamt -		19.701.557	19.342.133	- 359.424	- 359.424
02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.058.100	1.190.176	+ 132.076	+ 132.076
03	Sonstige Transfererträge	2.010.000	1.970.000	- 40.000	- 40.000
06	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	16.597.600	16.143.600	- 454.000	- 454.000
04 / 07	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte / sonst. ord. Erträge	35.857	38.357	+ 2.500	2.500
Aufwendungen - Amt 50 gesamt - (Pos. 13, 15, 16, ohne Personal)		46.750.880	46.126.956	- 623.924	- 623.924
15	Transferaufwendungen -alle Produkte Amt 50 -	45.855.130	45.253.929	- 601.201	- 601.201
nachrichtlich Transferaufwendungen unterteilt auf einzelne Produkte des Amtes 50					
050110	Hilfe zum Lebensunterhalt	3.100.000	3.100.000	+ 0	
	- außerhalb von Einrichtungen	2.458.000	2.458.000	+ 0	
	- in Einrichtungen	620.000	620.000	0	
	- Leistungen für Bildung und Teilhabe nach dem SGB XII	22.000	22.000	0	
050120	Grundsicherung Alter/Erwerbsminderung	16.884.000	16.400.000	- 484.000	
	- außerhalb von Einrichtungen	15.884.000	15.550.000	- 334.000	
	- in Einrichtungen	1.000.000	850.000	- 150.000	
050130	Hilfe in bes. Lebenssituationen	6.688.480	6.588.480	- 100.000	
050440	Pflege	18.680.000	18.680.000	0	
	- ambulant	1.100.000	886.000	- 214.000	
	- stationär	7.960.000	7.960.000	0	
	- Pflegegeld	7.100.000	7.100.000	0	
	- Zusch. an amb. Pflegeeinrichtungen	1.070.000	1.284.000	+ 214.000	
	- bewohnerorientierte Aufwendungszuschüsse	1.450.000	1.450.000	0	
13/16	Aufw. f. Sach- und Dienstleistungen / sonst. ordentliche Aufwendungen	895.750	873.027	- 22.723	- 22.723
Saldo aus Erträgen und Aufwendungen - Ergebnisverschlechterung -					+ 264.500

Im Budget des Sozialamtes zeichnet sich nach dieser ersten Prognose insgesamt eine Ergebnisverbesserung von rd. 265 T€ ab. Nachfolgend sind die Produkte aufgeführt, in denen größere Abweichungen prognostiziert werden.

Produkt 050120 „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“

Hier wird es voraussichtlich zu geringeren Aufwendungen (484 T€) kommen, da im Vergleich zum Ansatz rückläufige Fallzahlen festzustellen sind. Die Minderaufwendungen führen gleichzeitig zu geringeren Bundeserstattungen, so dass die Abweichungen haushaltsneutral sind.

Produkt 050130 „Hilfen in besonderen Lebenssituationen“

Durch die Verdoppelung der Inklusionspauschale werden Mehrerträge in Höhe von ca. 172 T€ in der Pos. 02 erwartet. Gleichzeitig werden voraussichtlich in der stationären Eingliederungshilfe geringere Transferaufwendungen (100 T€) anfallen.

Bereich Amt für Kinder, Jugendliche und Familien, Amt 51 (Jugendamts-umlage, Verbesserung rd. 18 T€)

Die Hochrechnung zum Stichtag 01.04.2018 geht davon aus, dass für den Bereich des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien insgesamt eine leichte Ergebnisverbesserung von rd. 18 T€ zu erwarten ist.

Pos. bzw. Produkt	Bezeichnung	Ansatz 2018 in €	Prognose 2018 in €	aktuelle Abweichung in €
Erträge - Amt 51 gesamt -		41.637.039	42.503.897	+ 866.858
02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	25.428.000	25.797.256	369.256
	nachrichtlich davon im Produkt 060510	25.123.000	25.303.000	+ 180.000
03	Sonstige Transfererträge	1.482.500	1.478.163	- 4.337
04	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	7.154.000	7.154.025	+ 25
	nachrichtlich davon im Produkt 060510	7.150.000	7.150.000	0
06	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	7.235.000	7.720.000	+ 485.000
	nachrichtlich davon im Produkt 060410	5.030.000	5.515.000	+ 485.000
07	Sonstige ordentliche Erträge	337.539	354.453	+ 16.914
Aufwendungen - Amt 51 gesamt - (Pos. 13, 15, 16, ohne Personal)		68.929.570	69.778.070	+ 848.500
15	Transferaufwendungen	66.987.620	67.670.620	+ 683.000
Transferaufwendungen unterteilt auf die einzelnen Produkte des Amtes 51				
050910	Unterhaltsvorschuss (UVG)	3.100.000	3.100.000	0
060110	Jugendförderung -Freizeit, Schule, Arbeit	355.000	438.000	+ 83.000
060130	Familienbildung /-förderung	1.373.620	1.373.620	0
060210	Beratung	360.000	360.000	0
060220	Flexible erzieherische Hilfen	1.660.000	1.660.000	0
060230	Mitwirkung gerichtl. Verfahren	254.000	254.000	0
060310	Eingliederungshilfe seel. behinderte Kinder / Jugendliche	1.387.000	1.387.000	0
060410	Außerfamiliäre Hilfsformen	10.830.000	11.680.000	+ 850.000
060510	Tagesbetreuung	47.668.000	47.418.000	- 250.000
13	Aufwand für Sach- und Dienstleistungen	1.368.000	1.518.500	+ 150.500
16	sonst. ordentliche Aufwendungen	573.950	588.950	+ 15.000
Saldo aus Erträgen und Aufwendungen - Ergebnisverbesserung -				+ 18.358

Produkt 060310 „Eingliederungshilfe seel. behinderter Kinder / Jugendliche“

Durch die Verdopplung der Inklusionspauschale wird hier mit einem Mehrertrag von 105,5 T€ gerechnet.

Produkt 060410 „Außerfamiliäre Hilfsformen“

Eine Ergebnisverschlechterung von rd. 515 T€ zeichnet sich insgesamt im Produkt „Außerfamiliäre Hilfsformen“ ab. Ein höherer Aufwand (+350 T€) entsteht in diesem Bereich für die stationäre Unterbringung von Minderjährigen, da die Fallzahlen steigen (u. a. gesetzlich vorgeschriebene Fallübernahme im Bereich der Vollzeitpflege). Gleichzeitig steigen die Kostenerstattungen an andere Jugendämter (+150 T€).

Die Prognosen für den Bereich der unbegleiteten minderjährigen Ausländer (UMA, aktuell 89) müssen sowohl auf der Ertrags- als auch auf der Aufwandsseite angepasst werden (Abweichung rd. 500 T€).

Produkt 060510 „Kinder in Tageseinrichtungen, Tagespflege und Spielgruppen“

Im Bereich der Tagesbetreuung wird insgesamt mit einer Ergebnisverbesserung von rd. 410 T€ gerechnet. Diese Prognose erfolgt aufgrund der aktuellen Kindergartenbedarfsplanung 2018/2019.

Bereich Jobcenter, Amt 56, Produkt 050210 „Grundsicherung für Arbeitssuchende“ (Verbesserung rd. 2.183 T€)

Das Budget des Jobcenters weist lt. Haushaltsplan 2018 insgesamt ein Defizit von rd. 28,8 Mio. € aus. Die aktuelle Prognose für den Bereich des Jobcenters geht von einer Ergebnisverbesserung von rd. 2,2 Mio. € aus.

Die Verbesserung resultiert im Wesentlichen aus Minderaufwendungen im Bereich der Bundes- als auch kommunalfinanzierten Leistungen und Mehrerträgen aus offenen Forderungen.

Mehrerträge sind durch eine gesonderte Zuteilung von Bundesmitteln aufgrund des flüchtlingsinduzierten Mehrbedarfs für die Erstattung von Verwaltungskosten und Eingliederungsleistungen zu verzeichnen. Weitere Mehrerträge resultieren aus den Änderungen durch die Reform des Unterhaltsvorschussgesetzes zum 01.07.2017. Darauf basierende Erstattungsansprüche schlagen sich erst in diesem Jahr nieder.

Die Minderaufwendungen sind vor allem auf die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften zurückzuführen. Hier zeichnet sich bereits jetzt ab, dass sich die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften nicht in der prognostizierten Höhe entwickelt. Bei der Ansatzplanung 2018 wurde unter Berücksichtigung des in 2017 vorherrschenden erhöhten Zugangs an Flüchtlingen, der verbindlichen Wohnsitzzuweisung und der in der Diskussion stehende Familiennachzug durchschnittlich 9.000 Bedarfsgemeinschaften als Planzahl 2018 zugrunde gelegt. Während für das Jahr 2017 die durchschnittliche Anzahl der Bedarfsgemeinschaften bei 8.610 lag, beläuft sich für das 1. Quartal 2018 die voraussichtliche durchschnittliche Anzahl der Bedarfsgemeinschaften auf rd. 8.530.

Ursächlich hierfür ist, dass der Übergang von anerkannten Flüchtlingen in den SGB II-Leistungsbezug im Vergleich zum Vorjahr deutlich zurückgegangen ist. Bei der Abarbeitung von Asylanträgen durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) wurden in den Jahren 2016 und 2017 vorzugsweise zunächst die Anträge von Asylbewerbern mit hoher Bleibeperspektive bearbeitet. Diese Anträge sind in den letzten Monaten weitestgehend abgearbeitet worden. Dies bedeutet einen deutlichen Rückgang der Schutzquote sowie weniger Übertritte anerkannter Flüchtlinge in den SGB II-Leistungsbezug. Darüber hinaus sind relativ konstant ein Ausscheiden anerkannter Flüchtlinge aus dem SGB II-Leistungsbezug durch Arbeitsaufnahme und Wohnortwechsel zu verzeichnen. Aktuell beläuft sich die durchschnittliche Anzahl von Flüchtlingsbedarfsgemeinschaften auf 1.491. Es ist davon auszugehen, dass die bei der Ansatzplanung 2018 berücksichtigte Anzahl von 1.850 Flüchtlingsbedarfsgemeinschaften nicht überschritten wird.

Darüber hinaus setzt sich der positive Trend auf dem regionalen Arbeitsmarkt bisher auch in 2018 fort. Eine aktuell stabile Arbeitskräftenachfrage führt zu einer höheren Anzahl bedarfsdeckender Integrationen bei Bedarfsgemeinschaften ohne Flüchtlingshintergrund. Es ist auch hier davon auszugehen, dass die bei der Ansatzplanung 2018 berücksichtigte Anzahl von 7.150 Bedarfsgemeinschaften ohne Flüchtlingshintergrund nicht erreicht wird.

Unter Berücksichtigung dieser genannten Aspekte beläuft sich daher die aktuelle Prognose der durchschnittlichen Anzahl der Bedarfsgemeinschaften für das Jahr 2018 auf rd. 8.400 Bedarfsgemeinschaften und liegt damit rd. sechs Prozent unter der Planzahl von 9.000 Bedarfsgemeinschaften. Eine Besetzung der Stellen erfolgt nach wie vor bedarfsgerecht orientiert an der tatsächlichen Anzahl der Bedarfsgemeinschaften. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass die Zahlen des ersten Quartals eines Jahres von eingeschränkter Validität sind, weil es in den Statistiken teilweise noch zu nicht unerheblichen Verschiebungen kommen kann. Die weitere Entwicklung bleibt daher aufgrund der nur bedingt beeinflussbaren Faktoren abzuwarten und unterliegt einer engmaschigen Beobachtung.

Die bereits im Sozialausschuss am 19.04.2018 kommunizierte Verbesserung von rd. 1,6 Mio. € bezieht sich auf die sog. Netto-KdU. Diese Entlastung kommt dem Kreishaushalt aber nicht in vollem Umfang zugute, da hier noch die Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft i. H. v. momentan rd. 32 % zu saldieren ist.

Personalbudget **(Verschlechterung rd. 843 T€)**

Die aktuelle Prognose für das Personalbudget geht von einer Überschreitung der Haushaltsansätze aus (insgesamt rd. 843 T€).

Hauptursächlich für diese Prognose ist der Tarifabschluss im öffentlichen Dienst (+552 T€), durch den die Gehälter (nicht die Besoldung der Beamten) stärker ansteigen als mit zwei Prozent angenommen. Gleichzeitig ist aufgrund der voraussichtlichen Ist-Werte 2017 eine Anpassung der Rückstellungen im Personalbereich (+300 T€) erforderlich.

Verschiedenes

Produkt 020250 „Aufenthalt Ausländer/Asylbew.“ (Verschlechterung rd. 125 T€)

Diese Verschlechterung resultiert zum einen aus der erhöhten Bestellung von elektronischen Aufenthaltstiteln bei der Bundesdruckerei, durch Personalausweitung und Aufgabenkonzentrierung.

Zum anderen wurden die außerplanmäßigen Aufwendungen für die Förderung der freiwilligen Ausreise für Ausreisepflichtige aus sicheren Herkunftsstaaten (Kreistagsbeschluss vom 15.12.2017) in das Haushaltsjahr 2018 übertragen und es wird prognostiziert, dass dieser Betrag in 2018 in Anspruch genommen wird.

Produkt 160110 „Steuern, allgemeine Zuweisungen/Umlagen“, Anteil Übergangsmilliarde (Verschlechterung rd. 121 T€)

Bedingt durch geringere Aufwendungen im Bereich der Kosten der Unterkunft fällt auch der Anteil an der „Übergangsmilliarde“ geringer aus als geplant. Die Prognose des Jobcenters für die Kostenentlastung im Rahmen der Eingliederungshilfe beläuft sich auf rd. 2.923 T€ und liegt damit rd. 121 T€ unter dem Ansatz 2018.

Produkt 030220 „Schülerbeförderung“ (Verschlechterung rd. 93 T€)

Der Kreis Warendorf übernimmt ab dem Schuljahr 2018 / 2019 die Fahrkosten aller Schülerinnen und Schüler der Overbergschule in Beckum, die einen Anspruch auf Fahrkostenerstattung haben (42,5 T€, Vorlage 049/2018). Des Weiteren wurde die Prognose 2018 insgesamt den aktuellen Preisentwicklungen und dem Rechnungsergebnis 2017 angeglichen.

Produkt 020420 „Verkehrsbußgeldstelle, Personen- und Güterkraftverkehr“, Bußgelder Geschwindigkeitsmessungen (Verbesserung rd. 82 T€)

Die Verkehrsbußgeldstelle des Straßenverkehrsamtes hat für Geschwindigkeitsmessungen im Haushaltsplan 2018 eine Ertragsposition i. H. v. 3,6 Mio. € eingestellt. Die erste Hochrechnung geht nun von rd. 82 T€ zusätzlichen Bußgelderträgen aus.

D) Ermächtigungsübertragungen

Im Rahmen des Jahresabschlusses 2017 wurden im Ergebnisplan Ermächtigungsübertragungen in Höhe von knapp 2,1 Mio. € gebildet. Aktuell wird mit einer Inanspruchnahme in voller Höhe gerechnet. Hiervon entfallen rd. 1,8 Mio. € auf Aufwendungen, denen eine 90 %-ige Förderung aus Mitteln aus dem Kommunalinvestitionsförderprogramm gegenüberstehen.

Zu beachten ist, dass auch im laufenden Haushaltsjahr Ermächtigungsübertragungen in das Haushaltsjahr 2019 erfolgen werden, sodass sich diese Veränderungen zumindest zum Teil kompensieren.

E) Vermögensanlagen des Kreises

Die nachfolgende Übersicht veranschaulicht, dass der Vermögenswert des angelegten Kapitalstockes des Kreises Warendorf für die zukünftig anstehenden Pensionszahlungen Anfang April 2018 rd. 22,5 Mio. € beträgt. Bis Anfang April erfolgte eine Einzahlung in Höhe von 1,0 Mio. € in den kvw Versorgungsfonds. Weitere Einzahlungen werden folgen. Hierfür stehen noch weitere 4,0 Mio. € zur Verfügung (Haushaltsansatz 2018: 5,0 Mio. €).

Der Vermögensstand ist im ersten Quartal in beiden Anlagen leicht gesunken.

kvw Versorgungsfonds	
Einzahlungen im Jahr:	in Höhe von Mio. €
2011	3,5
2012	1,9
2013	1,0
2014	1,0
2015	0,3
2016	0,5
2017	1,0
2018	1,0
Summe Einzahlungen:	10,2
Vermögensstand am 04.04.2018	12,1

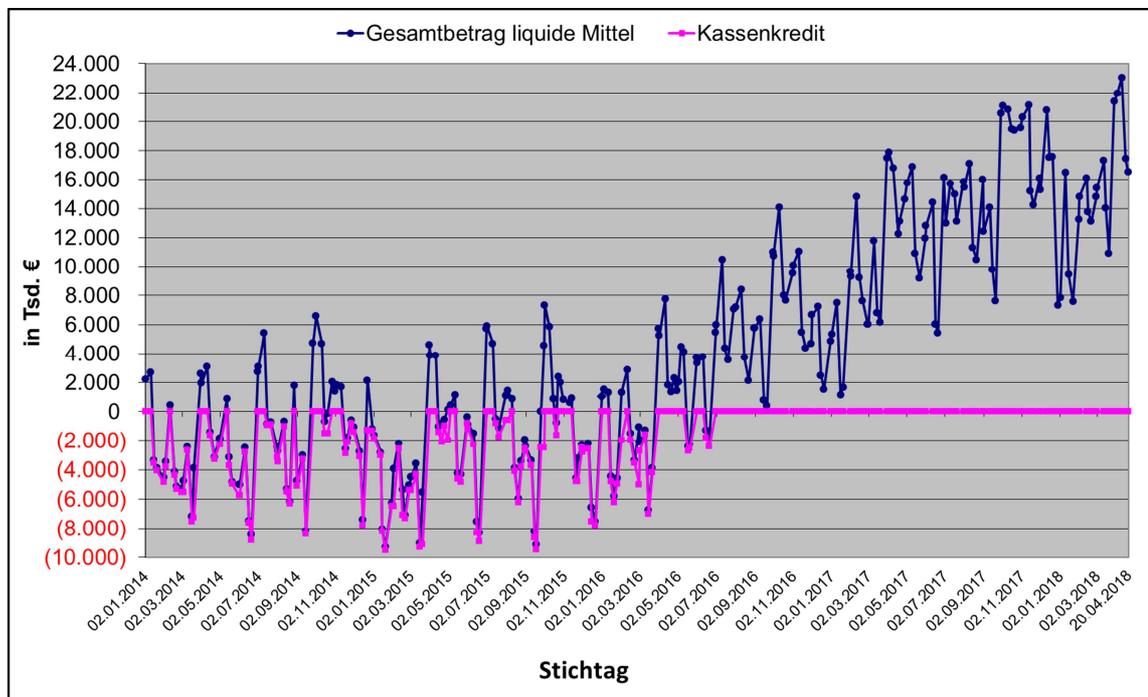
DZ-Privatbank (früher DZ-Bank), Wertsicherungsanlage	
Einzahlungen im Jahr:	in Höhe von Mio. €
2012	5,0
2013	1,0
2014	1,0
2015	0,7
2016	0,5
2017	1,0
Summe Einzahlungen:	9,2
Vermögensstand am 01.04.2018	10,4

Summe Einzahlungen in Vermögensanlagen	19,4
Vermögensstand Anfang April	22,5

F) Liquiditätslage des Kreises

Wie aus der nachfolgenden Übersicht ersichtlich unterliegt der Bestand an liquiden Mitteln und Kassenkredit starken unterjährigen Schwankungen. Erfreulicherweise liegt der Liquiditätsstand in 2017/2018 deutlich im positiven Bereich. Diese positive Entwicklung basiert zum einen auf der positiven Entwicklung des Ergebnishaushaltes, die sich in der Folge auch in der Liquidität niederschlägt. Darüber hinaus sind bereits in 2017 geplante Investitionstätigkeiten nicht durchgeführt worden, so dass Liquidität nicht wie geplant abgeflossen ist.

Zum jetzigen Zeitpunkt wird davon ausgegangen, dass auch unter Berücksichtigung der geplanten Investitionstätigkeiten zum Jahresende die Liquidität auf 10,0 Mio. € reduziert wird.



G) Bewertung des Zwischenberichtes

Bereits in diesem frühen Stadium der Haushaltsplanbewirtschaftung zeigen sich zum Berichtszeitpunkt sowohl Entlastungen als auch zusätzliche Belastungen. Insgesamt wird sich die Ergebnisrechnung in einem Umfang von rd. 1,7 Mio. € positiver entwickeln, als im Rahmen der Planung angenommen. Damit zeichnet sich derzeit ein positives Jahresergebnis von **rd. 127 T€** ab. Wesentlich ist hier die aktuell positive Entwicklung im Bereich des Jobcenters. Diese schwer plan- und beeinflussbaren Finanzströme werden von hier engmaschig beobachtet. Abweichungen in den Folgemonaten sind hier nicht auszuschließen. Die positive Entwicklung in diesem Bereich wird insbesondere durch Veränderungen im Personalbudget kompensiert. Die Verschlechterung in diesem Bereich liegt hauptsächlich an dem erfolgten Tarifabschluss.

Abschließend bleibt anzumerken, dass diese erste Prognose des Jahres naturgemäß noch nicht in vollem Umfang belastbar und die weitere Haushaltswirtschaft noch mit vielen Unwägbarkeiten behaftet ist.

H) Anlage: Gesamtergebnisplan

Pos.	Name	Ansatz 2018 in €	Prognose 2018 in €	Vergleich Prognose - Ansatz in €
01	Steuern und ähnliche Abgaben	4.200.000	4.200.000	0
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	246.766.538	247.315.166	548.628
03	+ Sonstige Transfererträge	5.458.500	5.364.163	-94.337
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	23.099.575	23.173.900	74.325
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	375.525	377.173	1.648
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	129.647.484	126.206.708	-3.440.776
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	10.194.859	11.239.339	1.044.480
08	+ Aktivierte Eigenleistung	60.500	60.500	0
09	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0
10	= Ordentliche Erträge	419.802.981	417.936.950	-1.866.031
11	- Personalaufwendungen	66.265.117	67.123.307	858.190
12	- Versorgungsaufwendungen	6.210.006	6.210.006	0
13	- Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	19.365.837	19.686.309	320.471
14	- Bilanzielle Abschreibungen	9.014.500	9.014.500	0
15	- Transferaufwendungen	309.746.425	304.907.224	-4.839.201
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	10.953.178	11.056.105	102.927
17	= Ordentliche Aufwendungen	421.555.063	417.997.451	-3.557.612
18	= Ordentliches Ergebnis (Z. 10+17)	-1.752.082	-60.501	1.691.580
19	+ Finanzerträge	643.816	642.496	-1.320
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	510.000	455.000	-55.000
21	= Finanzergebnis (Z. 19+20)	133.816	187.496	53.680
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (Z. 18+21)	-1.618.266	126.995	1.745.260
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
25	= Außerordentliches Ergebnis (Z. 23+24)	0	0	0
26	= Jahresergebnis (Z. 22+25)	-1.618.266	126.995	1.745.260